



Kalter Herbst der Entwicklungsfinanzierung

Ergebnisse des G20 – Gipfels in Pittsburgh und der Jahrestagungen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds in Istanbul 2009

von Peter Lanzet

Impressum

Herausgeber:

Evangelischer Entwicklungsdienst e.V.

Ulrich-von-Hassell-Str. 76

D-53123 Bonn

Telefon: +49 (0)228 8101-0

E-Mail: eed@eed.de

www.eed.de

Autor: Peter Lanzet

Redaktion: Jürgen Reichel, Michael Frein, Dr. Mechthild Ritter,

Rania Al-Sahhoum

Satz: Rania Al-Sahhoum

Druck: inPuncto, Bonn

Bildnachweis: © Ihar Kaskevich – Fotolia.com

Gedruckt auf Recycling-Papier

Bonn, November 2009



EMAS

Geprüftes
Umweltmanagement

REG.NO. DE-110-00028

Inhalt

1.	Einleitung	3
2.	Lichtblicke	4
3.	Schuldlos in die Krise	6
3.1	Stehen genügend Mittel für die wirtschaftliche Erholung zur Verfügung?	7
3.2	Werden Steuerhinterziehung und Kapitalflucht reduziert?	9
3.3	Weniger Konditionalitäten für IWF-Kredite?	11
3.4	Weltbank und IWF – die Staatsverschuldung voll im Griff?	12
3.5	Globale Regierungsführung – wichtig als Globales Öffentliches Gut?	13
3.6	Ist die Gefahr einer neuen Finanzkrise gebannt?	15
4.	Fazit: Ein sehr kalter Herbst der Entwicklungsfinanzierung	16
	Anhang	18

1. Einleitung

Die G20¹ haben sich als führendes globales Forum der Wirtschaftskoordination etabliert. Sie werden im Juni 2010 in Kanada erneut zusammen treten. Daher ist es jetzt an der Zeit zu bewerten, welche Perspektiven dieses neue Forum der Mächtigen der Welt den Entwicklungsländern für die Finanzierung ihrer Entwicklung aufzeigt. Dazu will der vorliegende Text einen Beitrag leisten.

Selbst die ärmsten Länder in Afrika befanden sich 2007 auf einem wirtschaftlichen Wachstumskurs. Dann fielen sie der Finanz- und Wirtschaftskrise zum Opfer. Nach Abschluss des G20 Gipfels in Pittsburgh vom 24. bis 25. September 2009 und den Jahrestagungen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds von 04. bis 07. Oktober 2009 in Istanbul ist daher zu fragen:

- Stehen genügend Mittel für die wirtschaftliche Erholung zur Verfügung?
- Können die Probleme der Überschuldung gelöst werden?
- Wird der Steuerhinterziehung und Kapitalflucht endlich Einhalt geboten?
- Gewinnen die Entwicklungsländer durch den Rückgang von Kreditkonditionalitäten Raum für wirtschaftliche Eigenständigkeit?
- Erlangen sie mehr Einfluss bei Weltbank und IWF?
- Und schließlich: Ist die Gefahr einer neuen Krise wirklich vorüber?

¹ Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Europäische Union, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Saudi Arabien, Süd Afrika, Süd Korea, Türkei, USA

2. Lichtblicke

In der Weltwirtschaft stehen die Zeichen auf Wandel. Das Wort von der Regulierung der Finanzmärkte gehört inzwischen zum politischen Alltagsvokabular. Neben Blockade und Stagnation zeigen sich auch Tendenzen in diesem sonst eher kalten Herbst der Entwicklungsfinanzierung, die zu Hoffnungen für die Entwicklungsländer und die Stabilität der Weltfinanzarchitektur Anlass geben, auch wenn die Praxis der Rhetorik hinterherhinkt.

Faires Entschuldungssystem für zahlungsunfähige Staaten: Die zweite internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Doha im Dezember 2008 und die UN-Konferenz über die Finanzkrise im Juli 2009 haben die Frage eines Staateninsolvenzverfahrens wieder auf die politische Tagesordnung gesetzt. Dieses Verfahren bezieht die Gläubiger viel stärker als bisher in die Verantwortung für die Mittelverwendung ein; es stellt daher ein wirksames Mittel gegen Überschuldung dar. Falls die wirtschaftliche Erholung und die Überwindung der Krise nicht rasch genug erfolgen, ist mit einer erheblichen Überschuldung vieler Entwicklungsländer zu rechnen. Dann wird dieses Verfahren eine größere Chance auf internationale Akzeptanz erhalten.

Finanztransaktionssteuer: Beim Gipfeltreffen der G20 in Pittsburgh brachten die deutsche und die französische Regierung den Vorschlag ein, global eine Transaktionssteuer auf alle Börsengeschäfte zu erheben. Bei einem geschätzten Wert aller Transaktionen pro Jahr von 900 Billionen US-Dollar und noch einmal 625 Billionen US-Dollar Derivate ergäben sich bei einer Steuer von 0,05 Prozent Mittel in Höhe von jährlich 760 Milliarden US-Dollar². Genug um das Weltfinanzsystem abzusichern und die Entwicklung der armen Länder systematisch anzupacken. Dieser Vorschlag konnte sich nicht durchsetzen. Allerdings wurde der IWF beauftragt, einen Bericht bis zur Frühjahrstagung im April 2010 darüber vorzulegen, wie die Verursacher der Krise zur Bezahlung ihrer Kosten herangezogen werden können³. Die Diskussion zu diesem Thema kann also weitergehen.

Steuerhinterziehung: Das Ausmaß des Problems, das die Steuerhinterziehung für die Entwicklung darstellt, wurde zumindest diskutiert. Aber die Schaffung der notwendigen Steuertransparenz liegt noch in weiter Ferne; zu eifersüchtig bewachen die Finanzzentren ihre Standortvorteile. Die G20 haben immerhin vereinbart, gegen illegale Finanzabflüsse durch Kapitalflucht und Steuerhinterziehung vorzugehen. Diese Aufgabe haben die Weltbank und die zwischenstaatliche Organisation gegen Geldwäsche „Financial Action Task Force“ (FATF) erhalten. Allerdings wurden ihnen keine konkreten Ziele oder Berichtsverpflichtungen mit auf den Weg gegeben.

Währungsreserven: Die Zeichen mehren sich, dass die ölproduzierenden Länder ihre Rechnungen nicht mehr ausschließlich in US-Dollar ausstellen wollen. Es bedeutet eine Gefahr für die Stellung des US-Dollar als Reservewährung, wenn auch die chinesische und die europäische Währung Funktionen einer Reservewährung übernehmen. Der ehemalige Weltbank-Chefökonom und Nobelpreisträger Josef Stiglitz schlägt die Nutzung der IWF-Währung „Sonderziehungsrechte“ als Weltwährungsreserve vor⁴, eine Haltung, die von

2 Bloomberg, <http://www.bloomberg.com/apps/news?pid=20601109&sid=aZxk6z7R4V5I&pos=10>

3 Auf das „Leader’s statement: The Pittsburg Summit“ wird in diesem Text häufig Bezug genommen, siehe: <http://www.pittsburghsummit.gov/mediacenter/129639.htm>

4 Stiglitz Josef, E: Die Chancen der Globalisierung, München 2006

führenden chinesischen Funktionären verschiedentlich unterstützt wurde. Mit einer Diversifizierung der Reservewährungen könnte mittelfristig eine Stabilisierung des Weltfinanzsystems einhergehen.

Globale Ungleichgewichte: Auslöser der Finanzkrise war die Immobilienkrise in den USA bei bislang ungekannt hoher Verantwortungslosigkeit, Risikobereitschaft und Laissez-Faire-Einstellungen der Regierungen. Die tieferen Ursachen liegen allerdings bei den globalen Ungleichgewichten, den aufgebauten Währungsreserven einerseits und der Überschuldung der Volkswirtschaften und der Haushalte⁵. Die G20 haben erklärt, dass sie die globalen finanziellen Ungleichgewichte austarieren wollen. Das würde u.a. bedeuten: Die USA müssen sparen. China, Deutschland und andere Länder mit starkem Export von Waren und Rohstoffen sollen das heimische Wachstum durch Ausgabenprogramme und Sozialpolitik anregen. Das volkswirtschaftliche Programm der neuen Bundesregierung dieser von Kanzlerin Merkel mitunterzeichneten Erklärung, z. B. durch die geplanten schuldenfinanzierten Ausgabenprogramme, was in Deutschland in Bezug auf die konkreten Verteilungswirkungen sehr kritisch gesehen wird. An der Exportorientierung der deutschen und sicherlich auch der chinesischen Wirtschaft oder der Orientierung der Wirtschaften von Russland, Norwegen, arabischen und afrikanischen Ländern am Ressourcenverkauf wird sich vorerst nichts ändern. Auch kämpfen die USA dagegen, den Status des US-Dollars als Reservewährung zu verlieren. Dabei ist diese Funktion des US-Dollar der Hauptgrund der US-amerikanischen Schulden bei aller Welt. Die Ungleichgewichte bleiben also bis auf weiteres erhalten und können jederzeit erneut zum Ausgangspunkt globaler Krisen werden.

Dennoch ist es ein positives Zeichen, dass das Thema in die G20-Erklärung von Pittsburgh aufgenommen wurde. Immer mehr Schulden bei den einen und immer mehr Reserven bei den anderen Staaten – das kann nicht die Grundlage eines nachhaltigen Weltwirtschaftsbaus bilden. Hier stößt die neoliberale Wirtschaftsauffassung an ihre politischen Grenzen.

Außerdem: Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat es deutlich an den Tag gebracht. Die Vorrangstellung der reichen Länder bei den Weltfinanzstrukturen, den Internationalen Finanzinstitutionen und den Weltmärkten wird allmählich verloren gehen. Die G8 setzen sich nicht aus freien Stücken mit zwölf weiteren Ländern an einen Tisch, sondern, weil sie die Probleme der Finanzmärkte und der Weltwirtschaft nicht mehr alleine lösen können. In Zukunft muss mehr geteilt werden. Das ist eine gute Nachricht. 1,4 Milliarden Menschen leben in absoluter Armut. Sie fordern ihr Recht. Sie lassen sich auf Dauer nicht ignorieren.

⁵ Wolff, Martin (2008): Fixing Global Finance- How to Curb Financial Crisis in the 21.Century, Baltimore, S.120ff

3. Schuldlos in die Krise

Noch im Sommer 2008 glaubte man in vielen Ländern des Südens, von der Finanzkrise kaum betroffen zu werden, weil ihre Banken mit den großen Finanzzentren wenige Geschäftsbeziehungen unterhielten. Bald jedoch zogen die angeschlagenen Groß- und Investmentbanken in London, Tokio oder New York ihre Investitionen aus den Schwellen- und Entwicklungsländern zurück. Die Mittel wurden gebraucht, um heimische Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Dennoch weitete sich die Finanzkrise aus. Die Banken versagten sich gegenseitig den Kredit, die Risikoscheu gegenüber Kredit suchenden Unternehmen nahm zu. So griff die Krise auf die Wirtschaft über. Die Nachfrage nach Waren, Rohstoffen und Arbeitskräften aus den Entwicklungsländern ließ bereits im September 2008 nach⁶ und erholt sich seither nur langsam und mit Pausen⁷.

Die Weltbank hob im März 2009 hervor, dass die Entwicklungsländer alleine 2009 eine Finanzlücke von 350-635 Milliarden US-Dollar aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise überbrücken müssen⁸. In ihrem Bericht zur globalen Entwicklungsfinanzierung 2009 rechnet sie vor, dass die privaten Kapitalflüsse in die Entwicklungsländer von 1,2 Billionen (2007) auf 363 Milliarden US-Dollar (2009) sinken, also auf ca. 30 Prozent Wertes zurückgehen⁹. Der IWF schätzt, dass die Direktinvestitionen in Entwicklungsländer von 2008 bis 2010 um 37 Prozent fallen werden¹⁰.

Das Entwicklungskomitee der Weltbank ging bei seiner Jahrestagung in Istanbul davon aus, dass bis Ende 2010 neunzig Millionen Menschen mehr als bisher in extremer Armut leben werden, also mit weniger als einem US-Dollar/Tag auskommen müssen. 52 Millionen Jobs in Industrie und Gewerbe stehen zur Disposition, davon alleine 22 Millionen von Frauen, sagt Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO). Über die Verluste von Beschäftigung in den informellen Sektoren der Wirtschaft der Entwicklungsländer, wo Tagelöhner, Hausangestellte oder Rikscha-Fahrer ihr Auskommen finden, gibt es keine Angaben. Aber alleine in Asien zählen 1,1 Milliarden Jobs als „verletzliche Arbeitsverhältnisse“, die durch den Nachfrageverfall in Folge der Krise sehr stark in Mitleidenschaft gezogen werden¹¹. Die Überweisungen von Arbeitsemigranten sanken um 15 Milliarden US-Dollar um ca. 5 Prozent auf 290 Milliarden US-Dollar 2009. Die weitere Entwicklung hängt stark von der Konjunkturerholung in den Industrieländern ab.

2009 und 2010 wird die Wirtschaft afrikanischer Länder voraussichtlich 578 Milliarden US-Dollar weniger Exporteinnahmen verzeichnen. Dabei betragen die gesamten

6 http://hwwa.hwwi.net/typo3_upload/groups/32/hwwa_downloads/Rohstoffindex-dia.xls.pdf

7 http://hwwa.hwwi.net/fileadmin/hwwi/Mediencenter/Pressemitteilungen/2009_Pressemitteilungen/rohindex-10-09/2009-10-02_Pressemitteilung_HWWI-Rohstoffpreisindex.pdf

8 http://siteresources.worldbank.org/INTGDF2009/Resources/gdf_combined_web.pdf, S. 7

9 World Bank, Global Development Finance 2009: Charting a Global Recovery, http://siteresources.worldbank.org/INTGDF2009/Resources/gdf_combined_web.pdf.

10 <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2009/02/weodata/download.aspx>

11 http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_101461.pdf

Entwicklungshilfemittel für diese Region nur ein Fünftel dieser Summe! Die durchschnittliche Rate des Wirtschaftswachstums in Afrika für 2009 wird auf die Hälfte derjenigen aus der Zeit vor der Krise veranschlagt. Insgesamt bedeutet die Krise einen brutalen sozialen und wirtschaftlichen Schock und wieder zunehmende Armut. Im Gesundheitsbereich zum Beispiel heißt das eine Kindersterblichkeit von 1,4 bis 2,8 Millionen Kindern 2009.¹²

3.1 Stehen genügend Mittel für die wirtschaftliche Erholung zur Verfügung?

Von den knapp 5,5 Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern leben gut 1,4 Milliarden in extremer Armut, also von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag, sagt die Weltbank¹³. Die „Erklärung der Führer“ der G20 stellt fest, dass über 4 Milliarden Menschen unter Bildungsmangel leiden, kaum Zugang zu lebenserleichternden Technologien und zu Kapital haben und nicht in die Weltwirtschaft integriert sind. Die Angleichung des Lebensstandards dieser 4 Milliarden Menschen an den in fortgeschrittenen Ländern soll beschleunigt werden. Begonnen werden soll – auf freiwilliger Basis – mit einer Ernährungssicherungsinitiative und mit einem Programm für erneuerbare, saubere Energien für die Ärmsten (para 23). Der Zugang der Armen und kleinerer Unternehmen zu Krediten soll verbessert werden. Dafür soll eine G20 Expertengruppe gegründet und der Privatsektor zur gemeinsamen Finanzierung eingeladen werden. Diese Pläne sind nicht mit der Zusage neuer Mittel verbunden; sie klingen angesichts der Krise aufgesetzt. Was immer davon realisiert wird, muss letztlich von der Entwicklungshilfe getragen werden. Das gilt auch für das Versprechen der G8 von L'Aquila/Italien, 2009 20 Milliarden US-Dollar für die Ernährungssicherung bereit zu stellen.

Die Industrieländer haben nach Angaben des IWF bis dato 10,2 Billionen US-Dollar¹⁴ aufgebracht, um zu verhindern, dass die Krise innerhalb und zwischen den entwickelten Ländern außer Kontrolle gerät. Der Londoner G20-Gipfel Anfang April 2009 hat die Öffentlichkeit und die Finanzmärkte mit gigantischen Zahlen beeindruckt. Tatsächlich haben die Staatschefs und die Internationalen Finanzinstitutionen für die Überwindung der Krise in den Schwellen- und Entwicklungsländern bisher 1,127 Billionen US-Dollar verfügbar gemacht (siehe Tabelle im Anhang), also etwa 10 Prozent dessen, was die reichen Länder für sich selber aufwendeten. Der Löwenanteil dieser Mittel sind Staatsanleihen, Bürgschaften und Kredite, weitergereicht an Schwellen- und Mitteleinkommensländer, damit sie Konjunktur und Handel ankurbeln. Nur etwa 93 Milliarden US-Dollar (siehe Tabelle) wurden für die Bekämpfung der Armut in den 79 besonders armen Niedrigeinkommensländern reserviert, also weniger als ein Prozent der für die Industrieländer bereit gestellten Mittel.

Dennoch haben Weltbank und IWF in diesem vergleichsweise kleinen Mittelrahmen die Zugänge der Niedrigeinkommensländer zu Krediten und Zuschüssen z. T. erheblich erweitert. Man will ihnen bei viel versprechenden Projekten Weltbank-Kredite zu Marktzinsen zukommen lassen, die sonst nur den Mitteleinkommensländern gewährt werden. Doch sind

¹² Carnegie Foundation: <http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=22995>

¹³ World Bank: <http://iresearch.worldbank.org/PovcalNet/povDuplic.html>

¹⁴ Business Standard: <http://www.business-standard.com/india/news/total-costworld-financial-crisis-at-119-trn-imf/70296/on>

die meisten Zusagen bereits Teil der öffentlichen Entwicklungshilfe oder Vorauszahlungen auf künftige Entwicklungshilfe.

Die Pittsburgh-Erklärung der Führer der G20 bestätigt das 0,7-Prozent-Ziel und den Willen, die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) zu finanzieren. Wegen der vielen Versprechungen ist in der Zwischenzeit die Rechenschaftslegung für die Realisierung der Zusagen ein wichtiges Thema geworden. Oft können die Gipfeltreffen eben keinen Vollzug melden: Die UN-Gruppe zu den Millenniumszielen hat z. B. jüngst errechnet, dass die Lücke zwischen den Versprechungen der G8 bei ihrem Treffen 2005 in Gleneagles¹⁵ in Schottland und der 2008 geleisteten Entwicklungshilfe 34,7 Milliarden US-Dollar beträgt¹⁶.

Diese Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit klappt auch bei der Weltbank. Obwohl die Zusagen bei den Marktkrediten für die Mitteleinkommensländer von 2008 auf 2009 um 144 Prozent stiegen (von 13 auf 32 Milliarden US-Dollar), wurden im gleichen Zeitraum nur 77 Prozent mehr ausgezahlt (statt 10 nur 18 Milliarden US-Dollar). Noch weniger erhielten die Niedrigeinkommensländer, denen konzessionäre Kredite und Zuschüsse ausbezahlt werden. 2009 wurden 14 Milliarden US-Dollar konzessionäre Zusagen gemacht – 25 Prozent mehr als im Jahr zuvor (11 Milliarden). Dennoch wurden in diesem Jahr nur knapp 1 Prozent mehr Auszahlungen geleistet (von 9,1 Milliarden US-Dollar in 2008 auf 9,2 Milliarden US-Dollar)¹⁷.

Unterm Strich zählt, dass die Regierungen der Entwicklungsländer 2009 auf Grund der Auswirkungen der Krise, die die reichen Länder verursacht haben, über weniger Haushaltsmittel als in den Jahren zuvor verfügen, um die Entwicklung ihrer Länder voranzutreiben.¹⁸ Dass die internationale Gemeinschaft 1.127,3 Milliarden US-Dollar zur Verfügung gestellt hat, konnte daran nichts ändern.

Konzessionäre Mittel für die Niedrigeinkommensländer, insbesondere Zuschüsse, müssen erhöht und beschleunigt zur Verfügung gestellt werden, damit Hunger, Kindersterblichkeit oder Bildungsmangel, verursacht durch die Krise, tatsächlich bekämpft werden können.

15 <http://www.g8.utoronto.ca/summit/2005gleneagles/africa.html>: US-Dollar 50 Millionen Pro Jahr ab 2010, compared to 2004.

16 United Nations: Strengthening the Global Partnership for Development in a Time of Crisis, New York 2009, http://www.un.org/millenniumgoals/pdf/MDG_Gap_%20Task_Force_%20Report_2009.pdf S 8

17 Romero, Maria José: "The World Bank in Times of Crisis: Too many Commitments and few Disbursements", October 2009

18 Eurodad: From Pittsburgh to London, Brüssel Sept. 2009, S. 5, <http://www.eurodad.org/debt/article.aspx?id=2190&item=3820>

3.2 Werden Steuerhinterziehung und Kapitalflucht reduziert?

Dass Steuerhinterziehung und Kapitalflucht nach wie vor Konjunktur haben, zeigt ein Beispiel:

Der Wert der Gold-Exporte Kenias wird auf über eine Milliarde US-Dollar geschätzt¹⁹. Bei nur 10 Prozent Abgaben müssten dem kenianischen Staat etwa 100 Millionen US-Dollar zugeflossen sein. Dennoch betrug das Staatseinkommen 2007 aus der Produktion von Gold nur 34.000,- US-Dollar; 2008 war es sogar auf 20.000,- US-Dollar gefallen! Hier verschwinden ganz offensichtlich erhebliche Rohstoffabgaben in privaten Taschen.

Jedes Jahr verlieren Entwicklungsländer zwischen 256 und 366 Milliarden US-Dollar Kapital, das ihnen im Zusammenhang mit kommerziellen Transaktionen entzogen wird, z. T. legal, oft aber auch illegal. Das ist das Doppelte oder Dreifache der Entwicklungshilfe und zeigt, wie ertragreich die Mobilisierung von Ressourcen in den Entwicklungsländern selbst sein könnte, z. B. durch ein global transparentes Steuersystem und das Ende des Bankgeheimnisses. Das Washingtoner Politik-Institut „Global Financial Integrity“ geht sogar von 865 Milliarden bis eine Billion US-Dollar jährlicher Steuerhinterziehung und Kapitalflucht aus. Etwa 40 Prozent davon sind Korruptionsgelder oder stammen aus dem Waffen- und Drogenhandel. Aber die restlichen 60 Prozent sind weltweit agierenden Konzernen zuzuordnen. Dabei werden die Waren in einem Land produziert, aber in einem anderen versteuert, nämlich dort, wo wenig oder keine Steuern anfallen, also in den Steuerparadiesen²⁰. Daher ist eine der zentralen Forderungen weltweiter zivilgesellschaftlicher Netzwerke, dass Wertzuwächse gleich welcher Art in dem Land versteuert werden müssen, in dem sie geschaffen werden.

Die G20 in Pittsburgh glaubten, seit ihrem Londoner Gipfel im April 2009 auf dem Weg zu größerer Steuer-Transparenz vor allem in den Steueroasen große Fortschritte erreicht zu haben. Die „unregulierten Rechtsräume“, wie die Cayman Inseln, britische Inseln wie Guernsey oder die Schweiz genannt werden, sind in der Zwischenzeit von der grauen auf die weiße Liste avanciert. Dazu mussten sie nur mit je zwölf Ländern ihrer Wahl Steuer-Transparenzabkommen schließen. Wenn man es als großen Fortschritt sehen will, dass die G20 überhaupt über solche heißen Eisen sprechen, die in den Communiqués der G8 bisher nie aufgetaucht sind, dann haben die G20 hier einen Fortschritt erzielt. Um Erfahrungen im Kampf gegen Steuerhinterziehung international auszutauschen, hat Deutschland einen internationalen Steuer-Pakt vorgeschlagen²¹, der institutionell bei der OECD in Paris angesiedelt werden soll. Er baut auf dem automatischen Austausch von Daten der Steuerbehörden auf. Diesen haben die EU-Länder beschlossen, aber es bestehen noch zahlreiche Ausnahmen, unter anderem für Luxemburg und Österreich. Dem internationalen „Tax Compact“ hat sich unter anderem Spanien angeschlossen; Spanien will das Thema während seiner bevorstehenden EU-Präsidentschaft politisch voranbringen.

International beharren die Staaten auf bilateralen Steuerabkommen; Australien z. B. hat 110 bilaterale Abkommen unterzeichnet, Deutschland 130. Es ist aber unmöglich, dass alle 192 UN- Mitgliedsstaaten miteinander bilaterale Abkommen zur Steuertransparenz schließen.

¹⁹ Eurodad, Gail Hurley: Istanbul Report, Brüssel, November 2009

²⁰ Eurodad, Marta Ruiz et al : A European Agenda to Fight Capital Flight, Brüssel, November 2009

²¹ BMZ, Presse, http://www.bmz.de/de/presse/reden/ministerin/2008/september/rede_20080930.html

Gestohlene Gelder: Die Weltbank hat ein Programm zur Rückführung gestohlener Gelder aus Entwicklungsländern²², das Stolen Assets Recovery Program (STAR), aufgelegt. Signifikante Mittelrückführungen haben aber bis dato nicht stattgefunden. Ein Beispiel: Die unter anderem aus den Minen des Landes zusammengeraffte Beute des früheren Diktators Mobutu auf Schweizer Banken (6,68 Milliarden US-Dollar) musste am 21.4.2009 seinen Erben überlassen werden, weil die gegenwärtige Regierung der Demokratischen Republik Kongo die Rücknahme des Geldes blockierte und Fristen verstreichen ließ²³. Damit so etwas nicht passiert, sollte die Weltbank Kapazität aufbauen und bereitstellen. Aber nicht nur korrupte Eliten des Südens, sondern auch die Banken im Norden haben allergrößtes Interesse an den gestohlenen Geldern. Eine Umfrage der deutschen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht bei 31 deutschen Banken ergab: Deutsche Finanzinstitute, allen voran die Deutsche Bank, unterhalten mehr als 1600 Stiftungen und Trusts in fast allen Offshore-Zentren der Welt. Zudem besitzen sie dort 395 Tochtergesellschaften, Beteiligungen oder sonstige Rechtseinheiten²⁴. Die Investition der illegalen und illegitimen Geldflüsse in legale Wirtschaftsaktivitäten wäre die ergiebigste Ressource für die Finanzierung der Entwicklung in den armen Ländern. Es ist geradezu entwicklungsfeindlich, nicht dafür zu sorgen, dass die Einkommen aus den Ressourcen und der Arbeit der Menschen in den Entwicklungsländern in voller Höhe ihrer Entwicklung zukommen, sondern als z. T. verborgene Investitionen in Haushalte, Börsen, Investmentfonds, Versicherungen und Industrien in die reicheren fließen. Die Interessen der Eliten in den Entwicklungsländern und der globalen Finanzmärkte sind bei diesem Thema deckungsgleich. Die Realität der Armut und die skandalöse Verstrickung der Finanzmärkte und Regierungen in Mechanismen zur Aufrechterhaltung des Finanzflusses von Süd nach Nord durch Steuerparadiese, Bankgeheimnisse, Investitionsabkommen, Doppelbesteuerungsabkommen, Steuerprivilegien, etc. werden ausgeblendet.

Notwendig ist der Abschluss eines multilateralen Abkommens, auf dessen Basis alle Staaten die Steuerdetails ihrer Firmen und Steuerinländer automatisch austauschen. Diese Aufgabe muss von den Vereinten Nationen wahrgenommen werden, nur sie sind legitimiert, das globale öffentliche Gut der Herstellung der vollen Steuertransparenz sicherzustellen. Ferner muss alle Wertschöpfung künftig am Ort ihrer Entstehung versteuert werden (Country by Country reporting). IWF und Weltbank müssen endlich aufhören, den Entwicklungsländern die Kontrolle ihres Kapitalverkehrs zu untersagen. Die Weltbank muss ihr STAR-Programm mit mehr Geld und Personal ausstatten, Daten über illegale Finanzflüsse sammeln, das Thema bei der nächsten Jahrestagung breit diskutieren und die Aufmerksamkeit der Welt auf die illegalen Kapitalflüsse und ihre Armutswirkungen lenken.

²² Weltbank: <http://siteresources.worldbank.org/NEWS/Resources/Star-rep-full.pdf>

²³ Swissinfo: http://www.swissinfo.ch/eng/front/Lawyer_warns_against_returning_Mobutu_assets.html?siteSect=105&sid=10632689&rss=true&ty=st

²⁴ FAT Finance.net 2.9.09: „Deutsche Banken in Steueroasen aktiv“, <http://www.fazfinance.net/Aktuell/Steuern-und-Recht/Deutsche-Banken-in-Steueroasen-aktiv-2386.html>

3.3 Weniger Konditionalitäten für IWF-Kredite?

Bei der IWF-Jahrestagung hat eine Studie des Zentrums für ökonomische Politikforschung (Centre for Economic Policy Research, CEPR) in Washington die Gemüter bewegt. Der IWF behauptet seit längerem, nur noch in wenigen Fällen seine Kredite von der Beachtung makroökonomischer Konditionalitäten abhängig zu machen. Das CEPR hat 41 Vergaben aus den vergangenen beiden Jahren studiert und kam zu erschreckenden Ergebnissen²⁵. 31 von 41 Länderbeispielen zeigten, dass der IWF während der Rezession verlangt hat, die Zinsschraube anzuziehen, die Liquidität zu verknappen oder Haushaltsdefizite durch Rückführung der Gehälter im Bereich des öffentlichen Dienstes zu drosseln. Dies sind Maßnahmen, die eine Vertiefung der Rezession bewirken, während von den Krediten des IWF gerade in der Finanzkrise eine konjunkturelle Förderung erwartet wird. Länder wie Ghana, die Ukraine oder die Seychellen mussten besonders viele Konditionen akzeptieren. In Ungarn, Litauen, der Demokratischen Republik Kongo und Haiti waren die Auswirkungen so gravierend, dass der IWF seine Bedingungen aufgrund von sozialem Aufruhr oder Widerstand der Nehmerregierungen modifizieren musste. Sicherlich war bereits zu Beginn der Rezession eine ganze Reihe von Entwicklungsländern hoch verschuldet oder konnte ihre Haushalts- oder Leistungsbilanzdefizite kaum noch finanzieren. Aber auch in diesen Fällen hätte der IWF zunächst einmal das Ende der Rezession abwarten müssen, bevor konjunkturabträgliche Kreditvorgaben auferlegt wurden. Das Motiv für wachstumsreduzierende Konditionalitäten wie Zinserhöhungen war in einigen Ländern auch der Versuch, die Kapitalflucht einzuschränken. Der IWF kam aber bei keinem der 41 Länder auf die Idee, Kapitalverkehrskontrollen effektiv einzusetzen. Pakistan wurde das geradezu untersagt. Nach der Aufstockung seiner Reservemittel durch die G20 vom April 2009 hatte der IWF ausreichend Mittel, um jedes Mitgliedsland vor rezessiven Tendenzen zu schützen. Der Fonds hat diese Chancen aber nicht wahrgenommen, sondern seine traditionelle Politik der Haushaltsdisziplin, Liberalisierung und Privatisierung betrieben, obgleich gerade für die Niedrigeinkommensländer neue Mittel in Höhe von 17 Milliarden US-Dollar (plus weitere Milliarden aus den Zugangsverdoppelungen) vorhanden sind, die ohne Konditionen hätten vergeben werden können.

Der IWF muss damit Schluss machen, die Vergabe von Krediten von der Beachtung von Konditionalitäten abhängig zu machen, die eine direkte Intervention in die Wirtschaftspolitik eines Landes bedeuten, also insbesondere bei der Haushalts-, Geld-, Handels- und bei der Privatisierungspolitik.

²⁵ Center for Economic Policy Research, <http://www.cepr.net/index.php/publications/reports/imf-supported-macroeconomic-policies-and-the-world-recession/>

3.4 Weltbank und IWF – die Staatsverschuldung voll im Griff?

Im März 2009 berichtet der IWF, dass 28 Entwicklungsländer in eine neue Schuldenkrise rutschen könnten. Ihre Auslandsverschuldung betrug zu diesem Zeitpunkt bereits das Doppelte ihrer Wirtschaftsleistung, das ist auch im Durchschnitt doppelt so hoch wie nach den Rahmenvorgaben von Weltbank und IWF als Obergrenze für die Schuldentragfähigkeit vorgesehen. Der neueste UNCTAD-Bericht über die am wenigsten entwickelten Länder sieht gar 49 Länder unmittelbar vor einer Schuldenkrise des Staates²⁶. Unter dem Eindruck der globalen Finanzkrise haben Weltbank und IWF, angewiesen durch die G20, die Obergrenzen der Schuldentragfähigkeitsbestimmungen flexibilisiert. Das heißt, arme Länder können jetzt höher verschuldet sein als zuvor und verlieren trotzdem nicht die günstigen Kredite und Zuschüsse von Weltbank und IWF. Die Communiqués der Treffen von Weltbank und IWF in Istanbul verweisen immerhin darauf, dass die Konjunkturförderprogramme, für die sie den Entwicklungsländern Kredite gewähren, keine neuen Schulden bewirken sollen²⁷. Die Gefahr ist also durchaus erkannt.

Man verlässt sich aber weitgehend darauf, dass die Konjunktur 2010 wieder anziehen wird und trifft kaum Maßnahmen gegen die Überschuldung²⁸. Es ist auch ein entwicklungspolitischer Offenbarungseid. Jetzt, nach den Entschuldungen von 1999 und 2005, befindet sich kein Instrument mehr im Werkzeugkasten von IWF und Weltbank, um den negativen Auswirkungen einer erneuten Zahlungsunfähigkeit des Staates auf Ernährung, Gesundheit und Bildung begegnen zu können.

Bei einer Pressekonferenz in Istanbul versicherten die Finanzminister der durch die Entschuldungsinitiativen von 1999 und 2005 entlasteten Entwicklungsländer, man werde alles tun, um nicht wieder in eine untragbar hohe Verschuldung zu rutschen. Das ist eine stolze Demonstration der Eigenständigkeit. Aber es kann auch als Hiobsbotschaft für die Armen interpretiert werden, denn es stellt sich die Frage, ob die Regierungen lieber an ihre Gläubiger zahlen als die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu finanzieren. Viele in den Kirchen und der engagierten Zivilgesellschaft sind mit Cephias Lumina, dem unabhängigen Experten des UN-Menschenrechtsrats in Genf zu Fragen der Überschuldung, der Ansicht, dass Finanzminister die Menschenrechte außer Acht lassen, wenn sie die Auslandsschulden zurückzahlen, bevor die Millenniums-Entwicklungsziele in ihrem Land realisiert sind. Die Pressekonferenz bestätigte, wie immens wichtig die Internationalen Finanzinstitutionen für die Liquidität und Finanzierung der Haushalte der Entwicklungsländer weiterhin in ihren Ländern bleiben, trotz der neuen Geber von Entwicklungshilfe wie China, Indien, Brasilien. Die Forderung zivilgesellschaftlicher Akteure weltweit nach einem Moratorium der Schuldendienstleistungen für alle Entwicklungsländer bis zum Ende der Krise wurde auf der Jahrestagung abgelehnt. Wenigstens stundet der IWF den ärmsten 79 Ländern ihre Schuldzinsen bis 2011, was bei 0,5 Prozent aber auch nur 110 Millionen US-Dollar ausmacht.

²⁶ UCTAD, http://www.unctad.org/en/docs/ldc2009_en.pdf,

²⁷ Para 6 im Kommuniké des Entwicklungskomitees und Kapitel 11 im IMFC-Kommuniké

²⁸ Bretton Woods Project, IMF Financial Package for Low income countries: Much ado about nothing <http://www.brettonwoodsproject.org/art-565055>, 7.8.2009

Dennoch wird an solchen Gesten deutlich: Es macht einen Unterschied, dass mit Dominique Strauss-Kahn ein französischer Sozialist an der Spitze des IWF steht.

Seit Jahren kämpfen zivilgesellschaftliche Organisationen für ein faires und transparentes Schiedsverfahren bei Staateninsolvenz (Fair and Transparent Arbitration Process, FTAP). Durch dieses Schiedsverfahren sollen die Schulden, die die Länder definitiv nicht mehr zahlen können, abgeschrieben und andere umgeschuldet werden. Das Staateninsolvenzverfahren wäre eine dauerhafte Lösung gegen den Kreislauf von Staatsverschuldung und ihren die Armut fördernden Auswirkungen. Bei der Jahrestagung wurde deutlich, dass Weltbank und IWF sich dieser Diskussion auf der Arbeitsebene nicht mehr gänzlich verweigern. Das Modell wird allmählich Teil der allgemeinen Debatte über das Schuldenmanagement. Zivilgesellschaftliche Organisationen aus den USA, dem Vereinigten Königreich, Belgien und Deutschland haben das Europäische Netzwerk für Entschuldung und Entwicklung (EURODAD) gebeten, im Dezember 2009 zu einem Strategietreffen für die Durchsetzung dieser Forderung nach Brüssel einzuladen.

Den aufgrund der Krise wieder fast zahlungsunfähigen Entwicklungsländern müssen Weltbank, IWF und die großen Geberländer bereits jetzt Schuldenerlasse und Schuldenumwandlungen gewähren, bevor die volle Zahlungsunfähigkeit erreicht wird. In Zahlungsverzug geratene Entwicklungsländer sollen alle Rückzahlungen verweigern, die den Haushalt auf Kosten der Realisierung der Menschenrechte belasten. Sie sollen mit ihren Gläubigern in einem transparenten Verfahren (nach dem Vorbild von Kapitel 9 der US-amerikanischen Insolvenzgesetzgebung) darüber verhandeln, welche Schulden abgetragen werden können und welche gestrichen werden müssen (z. B. auch die illegitimen Schulden). Sie sollten sich dazu der unterstützenden Zwischenfinanzierung einzelner Geberländer versichern. Die G20 müssen endlich eine Charta zur verantwortungsvollen Kreditvergabe annehmen und durchsetzen, um künftig eine bessere Qualität der Kreditvergabe und –annahme sicher zu stellen.

3.5 Globale Regierungsführung – wichtig als Globales Öffentliches Gut?

Auf den beständigen Druck der weltweiten Zivilgesellschaft hin haben sich bei Weltbank und IWF im vergangenen Jahrzehnt einige positive Veränderungen ergeben. Die Menge und Qualität an Informationen, die man auf den Websites von IWF und Weltbank erhält, sucht man bei Ministerien und Regierungen meist vergeblich. Die Vorstandsarbeit bei den beiden internationalen Finanzinstitutionen ist transparenter geworden. Es gibt aussagefähige Protokolle der Sitzungen, wenn auch nicht die Veröffentlichung des Stimmverhaltens einzelner Exekutivdirektoren. Afrikanischen Exekutivdirektoren wurde fachliche Unterstützung an die Seite gestellt.

Bei den Jahrestagungen der beiden Institutionen in Istanbul wurde beschlossen, 3 Prozent der Quoten (d.h. der Abstimmungsmacht) bei der Weltbank und 5 Prozent beim IWF vom Block der reichen Länder zum Block der Schwellen- und größeren Entwicklungsländer zu verschieben. Die endgültigen Entscheidungen darüber sollen bei der Weltbank auf der Frühjahrstagung 2010 und beim IWF im Januar 2011 getroffen werden.²⁹ Schon zuvor wurde

29 IMF: Reform of IMF Quotas and Voice: Responding to Changes in the Global Economy, April 2008

eine Position für einen dritten afrikanischen Exekutivdirektor beim Vorstand der Weltbank eingerichtet. Bei der Quotenformel zur Berechnung der Wirtschaftsleistung der Mitgliedsländer des IWF wurde die Kaufkraftparität mit 40 Prozent berücksichtigt. Das begünstigt die Entwicklungsländer. Die Chefs der beiden Einrichtungen sollen künftig nicht mehr von USA und Europa bestimmt, sondern durch eine auf Eignung gründende freie Personalauswahl ersetzt werden.

Auf Beschluss des G20-Gipfels wurde das Forum für Finanzstabilität (Financial Stability Forum, FSF) um die zwölf Nicht-G8-Mitgliedsländer bei den G20 erweitert und zum Forum umbenannt. Das Forum soll künftig für Regulierungsfragen der Finanzmärkte und Banken in Zusammenarbeit mit einem Netzwerk weiterer Institutionen zuständig sein.

Zivilgesellschaftliche Gruppen und weltweite Netzwerke überzeugen diese Reformschritte der internationalen Finanzinstitutionen nicht. Die ihnen von den G20 zugedachten Rollen werden nicht angenommen werden ohne eine starke Demokratisierung ihrer Strukturen und Regierungsführung. Im globalen Süden werden IWF und Weltbank als Wegbereiter der Ausbeutung von Naturressourcen, Kapital und Arbeitskraft der armen Länder durch die reiche Welt wahrgenommen. Ihnen wird keine Legitimität für ihre Aufgaben zugestanden.

Die Kritik richtet sich insbesondere gegen die de-facto Veto-Macht der USA, die mit ihrem 16 Prozentanteil an Weltbank und IWF jede wichtige Entscheidung scheitern lassen kann, die mit 85 prozentiger Mehrheit zu treffen ist. Europäer besetzen ein Drittel der Posten der 25 Exekutivdirektoren. An der Reduzierung der Anzahl der europäischen Exekutivdirektoren wird wohl kein Weg vorbei führen, will man tatsächlich mehr Legitimität für IWF und Weltbank. Die europäischen Exekutivdirektoren beschuldigen die Akteure der Zivilgesellschaft, die in der Vergangenheit verschiedene Modelle der Reduzierung vorgeschlagen haben, der politischen Naivität. „Es sind die europäischen Regierungen“, sagen sie, „die sich bei der Vergabe der Mittel von Weltbank und IWF für Ressourcenschutz, die Würde der Arbeit, Genderorientierung, Menschenrechte, gute Regierungsführung und Demokratie einsetzen“. Die Mehrheit der anderen Regierungen fühle sich diesen Kriterien und Werten keineswegs verpflichtet. Hier liegt ein Problem. Für die Zivilgesellschaft gibt es zu Menschenrechten, Gerechtigkeit und Demokratie als Prinzipien der globalen Regierungsführung keine Alternative. Aber die Europäer votieren bei den Kreditentscheidungen auch immer wieder für volkswirtschaftliche Konditionalitäten, die die wirtschaftspolitische Eigenständigkeit der Entwicklungsländer einschränken. Größere Legitimität und Vorreiterrollen müssen mittelfristig zusammengeführt werden. Am Ende wird für Europa eine Reduzierung seines Einflusses stehen. Europa muss lernen, wie z. B. die USA oder China mit einer Stimme zu sprechen.

Die Ablösung der G8 durch die G20 ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es sitzen jetzt mehr Regierungen und mehr Interessensvertreter am Tisch. Sie vertreten etwa 70 Prozent der Weltbevölkerung und 80 Prozent der Weltwirtschaft. Allerdings unterscheiden sich die G20 in der wirtschaftspolitischen Ausrichtung wenig von den G8. Die G20 hatten schon bei ihrem zweiten Gipfel in London den Internationalen Währungsfonds, das Forum für Finanzstabilität und die Weltbank institutionell gestärkt und sie durch die Bereitstellung von 1,1 Billionen US-Dollar für die Stabilisierung des Finanzsystems und die Armutsbekämpfung sowie durch neue Mandate an sich gebunden. Heute, nach den Gipfeln von London und Pittsburgh, kann man diese Institutionen als operationale Einheiten der G20 verstehen: Die Weltbank für die Entwicklung, den IWF als volkswirtschaftliches Krisenbarometer und als Feuerwehr für Finanzkrisen und das Forum für Finanzstabilität als internationalen Kontrolleur der Regulierung der Finanzmärkte, -institute und Banken. Hinter diesen Institutionen arbeitet ein

verzweigtes internationales Netzwerk von Institutionen für Entwicklung, Volkswirtschaften und Finanzmärkte.

Es ist ein System, das parallel zu den Vereinten Nationen zunehmend ausgebaut und politisch durch die G8/G20 Länder kontrolliert wird. Die Stärkung dieses parallelen Systems zu den UN durch die G20 ist eine schlechte Nachricht für die globale Regierungsführung. Über die Mitglieder der G20 hinaus sind weitere 172 Länder Mitglied in den Vereinten Nationen, etwa 100 gehören zu den armen Ländern der Erde. In der Tendenz werden sie von den globalen Entscheidungen ausgeschlossen, die sie oft zentral betreffen.

IWF, Weltbank und das Forum für Finanzstabilität müssen rechenschaftspflichtig, transparent und demokratisch werden. Das gilt auch für das „Forum für Finanzstabilität“. Gerade den ärmsten Ländern und besten Kunden der Institutionen muss ein wesentlich verbessertes Mitspracherecht gesichert werden. Die USA müssen ihr de facto Veto-Recht abgeben. Die EU muss lernen mit einer Stimme zu sprechen. In den Institutionen sollte das Prinzip der Machtverteilung nach Bedeutung in der Weltwirtschaft (Quotensystem) allmählich herunter gefahren werden. Zwar reflektiert es die reale Machtverteilung, setzt aber keine Anreize für die Vermeidung von Finanzkrisen und Klimawandel. In den Vereinten Nationen muss ein operationaler Rat für Wirtschafts- und Finanzfragen geschaffen werden, in den die G20 im Rahmen der Beteiligung aller 192 Mitgliedsländer ihre Initiativen einbringen können.

3.6 Ist die Gefahr einer neuen Finanzkrise gebannt?

Diese Frage interessiert Menschen aus allen Ländern. Werden die vereinbarten Schritte zur Bankenregulierung greifen, wenn sie erst einmal durchgesetzt sind? Die Banker wehren sich mit guten Aussichten gegen die allzu rigiden Einschnitte, etwa bei der Reduzierung ihrer Gehälter und Boni und deren Bindung an langfristige Erfolge. Nach dem Willen der meisten europäischen Finanzminister sollen komplexe Finanzprodukte künftig nur noch an Börsen und nicht mehr außerhalb gehandelt werden können, damit die Finanzaufsicht den Überblick behält und einschreiten kann. Dagegen wehren sich unter anderem die britische Regierung unter dem Druck der Lobbyisten der Londoner City, des umsatzstärksten Finanzzentrums der Welt³⁰. Das unregulierte Wetten auf Güter, Kontrakte und Wertpapiere macht einen guten Teil ihrer Profite aus. Die Eigenkapitalausstattung bei Kreditvergabe soll verbessert werden; dagegen wehren sich Banken, Investment-, Hedge-, und Private Equity Fonds. Sie haben das Argument auf ihrer Seite, dass das die Kredite verteuert. Finanzprodukte wie die „Credit Default Swaps“, die die Krise erst ausgelöst haben, sind nicht abgeschafft oder sicherer gemacht worden. Der Verkauf von abgeleiteten Finanzprodukten aller Art (Derivaten) vor allem gebündelten Schulden, an Investoren geht weiter – mit Schwindel erregenden Umsätzen (500 Billionen US-Dollar) und Risiken (3,5 Billionen US-Dollar)³¹ pro Jahr. Die Banken konnten ihre wertlosen Bündelkredite in so genannte „Bad Banks“ abschieben und die Staaten bürgen nun dafür. Das verschiebt den Zahltag aber nur in die Zukunft. Die verbliebenen Geldhäuser sind nach den Konkursen großer Banken (Lehmann Bros., jüngst CTI in den USA) und Investmenthäuser (Bear Sterns) eher noch größer geworden. Wenn das

³⁰ Handelsblatt, Finanzzeitung 21.10.2009 S. 22

³¹ Le Monde Diplomatique, Sept. 2009, Cordonnier, Laurent: „Der nächste Crash ist schon in Arbeit“

Weltfinanzsystem das nächste Mal in den Strudel einer Weltwirtschaftskrise gerät, werden wieder die Steuerzahler einspringen müssen. Keine Regierung kann den Zusammenbruch des Bankensystems zulassen. Die Entwicklungsländer würden wieder am härtesten getroffen. Weder in Europa noch sonst wo wurde bisher ein wirksames Mittel gegen zu große Banken beschlossen³². Die Angst der Staaten, Konkurrenzvorteile aufzugeben oder Wählerstimmen zu verlieren, ist viel zu groß. Die Gefahr ist also keineswegs gebannt. Die reichen wie die armen Länder müssen jederzeit damit rechnen, dass Spekulanten die Früchte ihrer Arbeit verspielen.

Die Großbanken müssen auf ein nicht-systemrelevantes Maß aufgeteilt werden. Die G20 Regulierungsempfehlungen für die Finanzmärkte müssen in einen UN-verankerten internationalen Vertrag mit rechtsgültigen Bestimmungen überführt werden. Die Eigenkapitalreserven für alle Geschäfte müssen so erhöht werden, dass die öffentlichen Hände keine Bürgschaften mehr leisten müssen. Außerhalb registrierter Börsen und Handelsplätze dürfen Finanzprodukte nicht mehr gehandelt werden. Eine Finanztransaktionssteuer, also eine Umsatzsteuer auf alle gängigen Finanzprodukte in Höhe von 0,1 Prozent, sollte überall eingeführt werden.

4. Fazit: Ein sehr kalter Herbst der Entwicklungsfinanzierung

Die G20 haben es versäumt, eine Perspektive zu entwickeln, die die Anforderungen des Klimawandels und der Klimafinanzierung in Nord und Süd mit einer neuen Finanzarchitektur verbindet. Wenigstens haben die G20 haben ihre monetären Zusagen zur Bereitstellung von Mitteln zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise weitgehend erfüllt (siehe Tabelle)³³. Die bereit gestellten Mittel sind sehr wichtig für die Entwicklungsländer. Aber leider bedeuten sie nicht schon das Ende der Krise. Nur ein bescheidener Anteil ist zu konzessionären Bedingungen zu haben und auch nicht ohne wirtschaftspolitische Konditionalitäten. Ansonsten handelt es sich um Sonderziehungsrechte für alle Länder, je nach dem Anteil ihrer Einlagen beim IWF. Sie ermöglichen es armen Ländern, selbst bei hohen Schuldenständen, dringend notwendige Importe zu bezahlen. Viele Länder brauchen aber Barmittel für ihre Haushalte, weil ihnen in der Krise die Einnahmen weggebrochen sind. Die Umwandlung von Sonderziehungsrechten in Barmittel kann aber bei Zinserhöhungen rasch mit untragbar hohen Kosten verbunden sein. Der weitaus größte Teil der sonst von den G20 und anderen Gebern bereitgestellten Mittel besteht aus Krediten zu Marktzinsen für Investitionen, Liquidität sowie Projekte oder Handelsgeschäfte der G20 oder anderer Staaten. Die Planungen bauen alle auf der Voraussetzung eines ordentlichen Wirtschaftswachstums auf. Einige Anzeichen deuten auch in diese Richtung. Es gibt aber auch Skeptiker, die den nächsten Crash schon in den ungelösten gegenwärtigen Problemen angelegt

32 ECOFIN Communiqué 16.10.2009

33 Die scheinbare Übererfüllung erklärt sich aus der Hineinrechnung einer schon 1998 beschlossenen Erhöhung der Sonderziehungsrechte der Transformationsländer in Höhe von 33 Milliarden US-Dollar, die der US- Senat erst 2009 gemeinsam mit den 250 Milliarden US-Dollar bewilligte.

sehen. Sollte künftig die Angst vor der Inflation wieder die Sorgen vor der Rezession übersteigen, werden die Zentralbanken die Zinsschraube anziehen. Höhere Zinsen werden die Schuldendienste rasch ansteigen lassen. In dieser Situation können auch größere Mitteleinkommensländer zahlungsunfähig werden.

Die Strategie der G20 zielte darauf ab, durch erhebliche Investitionen möglichst schnell zurück zum Status quo ante gelangen. Diese Symptomkorrektur reicht aber nicht aus, neuen Krisen vorzubeugen. Dafür wären wirkliche Veränderungen der Strukturen der Finanzarchitektur und eine andere wirtschaftspolitische Orientierung erforderlich. Die bisherige Strategie verhinderte „nur“ den Zusammenbruch des Systems insgesamt - auch keine Kleinigkeit, aber eben nicht nachhaltig.

Die Strukturen der Finanzarchitektur zu verändern hätte z. B. bedeutet, die Größe der Banken zu beschneiden und die Finanzmärkte entschlossen zu regulieren, sie durch eine Finanztransaktionssteuer an den Kosten der Krise zu beteiligen und nebenbei die Entwicklung zu fördern. Es hätte auch bedeutet, die Kapitalflucht und Steuerhinterziehung durch operationale Transparenzregeln entschlossen zu reduzieren und ein Staateninsolvenzverfahren einzuführen. Schließlich hätte es den Einstieg in ein neues Weltwährungssystem bedeutet, das den US-Dollar allmählich entlastet, zunächst durch eine Kombination von starken Währungen und später durch die Sonderziehungsrechte des IWF³⁴.

Globale Finanzstrukturen stabilisieren würde es im Grund auch erforderlich machen, den Bereich der globalen Volkswirtschaft und der Finanzmärkte durch die Einrichtung eines „globalen ökonomischen Koordinationsrats“ bei den UN auf Dauer zu regeln³⁵. Dazu ist es u.a. erforderlich, dass die Mitgliedsstaaten ihre Beiträge regelmäßig und in voller Höhe abführen, so dass die UN sich auch als gut funktionierende und kompetente Weltvertretung organisieren kann. Dieser Koordinationsrat sollte sich als eine Art Sicherheitsrat für Volkswirtschafts- und Finanzfragen etablieren, aber viel demokratischer und repräsentativer als sein Vorbild. Er sollte die Kompetenz haben, sich der Mitarbeit von Weltbank, IWF und des Forums für Finanzstabilität und ihren Netzwerken versichern zu können und seine Entscheidungen auf der Legitimität der Vereinten Nationen aufbauen. Erst ein solcher Rat könnte mit Aussicht auf Erfolg damit beginnen, die globalen ökonomischen Ungleichgewichte auszubalancieren.

Trotz einiger optimistisch stimmender Ansätze in den Dokumenten und Entscheidungen der G20 und der Jahrestagungen der Internationalen Finanzinstitutionen bleibt noch ein langer Weg zu mehr wirtschaftlicher Gerechtigkeit und besserer globaler Regierungsführung. Die Zivilgesellschaft wird diese Ziele mit Nachdruck weiterverfolgen.

34 Le Monde Diplomatique Sept. 2009 S.9, Stiglitz, Josef, E: „Anpacken und zwar sofort- Globale Antworten auf eine globale Rezession“

35 United Nations: Report of the Commission of Experts of the President of the United Nations General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System, Juni 2009
<http://www.un.org/ga/president/63/interactive/financialcrisis/PreliminaryReport210509.pdf>

Tabellen

Überblick über versprochene und bereit gestellte Mittel der G20 und weiterer Länder zur Überwindung der Finanzkrise und Sicherung der Entwicklung*

Tabelle 1: IWF

Geplant	Versprochen	Bereit gestellt (2009) von	Bemerkungen
283 Mrd. US Dollar in Sonderziehungsrechten (SZR), ohne Konditionalität	283 Mrd. US Dollar in SZR	Von IWF 283 Mrd. US Dollar in SZR	Die SZR wurden entsprechend der Länderanteile zugeteilt, z.B. erhielt Deutschland 13 Milliarden Euro, Mali nur 40 Millionen US-Dollar. Auf Entwicklungsländer entfielen ca. 90 Mrd. US Dollar insgesamt
IWF kann 500 Mrd. US Dollar aus New Arrangements to Borrow ³⁷ ziehen und für Kredite zu Marktzinsen weiterverwenden, z. T. mit Konditionalität	500 Mrd. US Dollar	Von G20 und anderen Staaten über IWF: 501,3 Mrd. US Dollar ^{38, 36}	Die versprochenen Reserven wurden zugänglich gemacht, sind aber für die 2009 vergebene Kredite in Höhe von 173 Mrd. US Dollar gar nicht erforderlich gewesen
Zusätzliche konzessionäre Kredite für Niedrigeinkommensländer (im Zusammenhang mit Verkauf von IWF- Gold), stärkere Konditionalität	17 Mrd. US Dollar	Von IWF-Mitgliedern: 17 Mrd. US Dollar Sie werden über mehrere Jahre verteilt zugänglich gemacht	Ein Teil des Verkaufserlöses des IWF-Goldes finanziert die 17 Mrd. US Dollar. Ermöglicht durch den hohen Goldpreis.
Erhöhung der Beleihungsgrenzen für Niedrigeinkommensländer		Von IWF und abhängig von der Inanspruchnahme	Jedes Niedrigeinkommensland kann nun Kredite bis zur 3-fachen Höhe seiner Einlage beim IWF erhalten

³⁶ Eurodad, http://www.eurodad.org/uploadedFiles/Whats_New/News/G20_financial_package_unpacked.pdf

³⁷ IWF, <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/gabnab.htm>, Über die "Neuen Beleihungsarrangements" stellen die Mitgliedsländer Schuldscheine an den IWF aus, die der IWF für seine Kreditvergabe nutzen kann.

³⁸ IWF, <http://www.imf.org/external/np/exr/faq/contribution.htm> (5.10.2009)

Tabelle 2: Weltbank und Regionale Entwicklungsbanken

Geplant	Versprochen	Bereit gestellt (2009) von	Bemerkungen
Unter Ausreizung der Reserven von Welt- und Regionalbanken gedeckt durch die Einlagen der Mitglieder sollen bis zu 300 Mrd. US Dollar für 3 Jahre für Entwicklungskredite zusätzlich zur Verfügung gestellt werden	100 Mrd. US Dollar	Von Weltbank 2009: 59 Mrd. US Dollar bis	WB schätzt, dass von 2009 - 2011 pro Jahr 88 Mrd. US Dollar mehr Kredite von den Multilateralen Entwicklungsbanken (einschl. Weltbank) vergeben werden können. Diese Mittel sind nicht konzessionär, daher nicht für Niedrigeinkommensländer zugänglich
Vorzeitiger Abfluss konzessionärer Kredite und Zuschüsse der Weltbank- Tochter International Development Association (IDA)		17 Mrd. US Dollar	Die Mittel der IDA werden alle 4 Jahre aufgefüllt. Der vorzeitige Abfluss der Mittel schafft die Notwendigkeit die IDA- Mittel frühzeitig wieder aufzufüllen.

Tabelle 3: G20 und andere Staaten

Geplant	Versprochen	Bereit gestellt (2009) von	Bemerkungen
G20, etc. Mittel für Handelsfinanzen.	250 Mrd. US Dollar	Von G20 und anderen wohlhabenden Staaten über ihre eigenen Einrichtungen zur Handelsförderung 250 Mrd. US-Dollars ³⁹	Diese G20 Mittel sind nur zum geringeren Teil für den Nord-Süd- Handel. Sie sichern in der Hauptsache die Handelsbeziehungen zwischen USA, EU, Japan, China und den Schwellenländern
Gesamt		1.127,3 Mrd. US Dollar	

³⁹ G20. Pittsburgh leader's statement: "We welcome the swift implementation of the \$250 billion trade finance initiative" : <http://www.pittsburghsummit.gov/mediacenter/129639.htm>